

LUTZ BRANGSCH/JUDITH DELLHEIM

LINKE NACHBARSCHAFTSPOLITIK ORGANISIEREN

GEGEN DIE SICH ABZEICHNENDE IMPERIALE NEUBESTIMMUNG DER EU-POLITIK

Mit den Worten «unsere Region ist in Flammen»¹ leitete die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik Federicia Mogherini Anfang März 2015 den öffentlichen Konsultationsprozess zur Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ein.² Mitte November legte sie gemeinsam mit der Europäischen Kommission eine abschließende Mitteilung vor, die der Rat der Außenminister im Dezember 2015 rückhaltlos begrüßte und damit zum 1. Januar 2016 eine «neue Phase» von kollektivem Engagement für eine ENP mit der absoluten Priorität der «politischen Stabilisierung» einleitete.³ Zwar enthält das Papier realistische Einschätzungen und gebotenen Pragmatismus, aber eine Umsetzung der Vorschläge würde die eigentlichen Probleme nicht lösen, sondern weiter zuspitzen. Deshalb ist es höchste Zeit, dass die Linken ihr Konzept von Nachbarschaft, Stabilisierung und Sicherheit in die Debatte bringen und politikwirksam machen.

Der Begriff «Nachbarschaftspolitik» suggeriert Politik auf Augenhöhe. Sie betrifft das eigene Selbstverständnis und die Frage, wie man die NachbarInnen sieht, was man von ihnen erwartet, welches Verhältnis man sich zu ihnen wünscht. Vor 30 Jahren sprachen auch westliche PolitikerInnen von einem «gemeinsamen europäischen Haus». Michail Gorbatschow prägte 1987 diese Formulierung: «In dem Begriff «gesamteuropäisches Haus» steckt vor allem die Anerkennung einer bestimmten Ganzheitlichkeit, obwohl es sich um Staaten handelt, die verschiedenen sozialen Systemen und gegensätzlichen politisch-militärischen Bündnissen angehören. Der Begriff vereint in sich Notwendiges und Mögliches.»⁴

Die Bedingungen haben sich seither geändert – die Gefahren, die von globalen weltzerstörenden Konflikten ausgehen, nicht. Das Verhältnis der Mitglieder der Europäischen Union (EU) und der EU zu ihrer Nachbarschaft wird heute von drei Aspekten geprägt: Erstens hat man es im Süden jenseits des Mittelmeers mit ehemaligen europäischen Kolonien zu tun, zweitens im Osten mit Ländern, die zu verschiedenen westlichen Imperien gehörten, Grausamkeiten von ihren Nachbarn erfahren haben und jahrzehntelang zu einem «feindlichen sozialistischen Lager» gerechnet wurden. Drittens schließlich steht Russland mit seinen Eigeninteressen, seinem militärischen Potenzial und seinen eigenen Integrationsprojekten in Konkurrenz zur EU.

Diese NachbarInnen werden aber nicht als ebenbürtig angesehen. Die sture Gleichsetzung von Europa und EU ist ein äußeres Zeichen dafür. Die «Nachbarn» sind interessant, in-

soweit sie beitragen, Probleme in der EU im Interesse der herrschenden Kreise zu lösen, quasi als Hinterland der Position der EU im globalen Konkurrenzkampf. So unterstreicht etwa die EU-Außenbeauftragte:

«Eine stärkere Partnerschaft mit unseren Nachbarn ist von zentraler Bedeutung für die Europäische Union in einer Zeit, in der wir innerhalb der EU und über ihre Grenzen hinaus vor großen Herausforderungen stehen. Die Terroranschläge in Paris [...], aber auch die jüngsten Anschläge im Libanon, in Ägypten, der Türkei und im Irak zeigen einmal mehr, dass wir mit Bedrohungen konfrontiert sind, die einen globalen Charakter haben und von der internationalen Gemeinschaft geschlossen angegangen werden müssen. Wir müssen gemeinsam ein sichereres Umfeld aufbauen, uns um die Lösung der vielen Krisen in unserer gemeinsamen Region bemühen, Entwicklung und Wachstum in den ärmsten Gebieten unterstützen und die Grundursachen der Migration bekämpfen.»⁵

Aber welche Nachbarn meint sie? (Siehe Tabelle Seite 2)

Bei der Östlichen Partnerschaft (ÖP) als einer regionalen Dimension der ENP fällt zunächst auf, dass Russland nicht genannt ist und dass Armenien, Aserbaidschan und Georgien keine Grenzen zu EU-Ländern aufweisen. Allerdings grenzen Georgien und Armenien an den EU-Beitrittskandidaten und das NATO-Mitglied Türkei, das Krieg gegen die eigene kurdische Bevölkerung führt. Die Türkei wird nicht zur südlichen Nachbarschaft gezählt. Mit den südlichen Nachbarn ist die EU über das Mittelmeer verbunden. Auch unter diesen

Übersicht zu den Ländern, auf die sich die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) bezieht

	Gesamtgröße (Tsd. km ²)	Bevölkerung (Millionen)	Durchschnittsalter	BIP pro Kopf (in Euro)	Armutsquote (Prozent)
EU	4.463,5	508,8	42,2	27.300	16,7
<i>Östl. Partner</i>	<i>1.031,0</i>	<i>75,2</i>	<i>37,7</i>	<i>3.700</i>	<i>22,9^a</i>
Armenien	29,7	3,0	32,2	2.600	35,8
Aserbaidschan	86,6	9,5	29,7	6.000	11
Belarus	207,6	9,4	39,2	5.800	17,8
Georgien	69,7	4,5	36,9	2.700	9,7
Moldau	33,8	3,6	34,8	1.700	29
Ukraine	603,5	45,2	39,7	3.100	26,5
<i>Südl. Partner</i>	<i>6.353,6</i>	<i>215,2</i>	<i>24,1</i>	<i>4.203</i>	<i>20,4^a</i>
Algerien	2.381,7	37,9	25,1	4.103	23
Ägypten	1.010,4	83,8	24	2.060	25,2
Israel	22,4 ^b	8,1	29,6	27.150	21
Jordanien	88,8	6,5	23	5.593	14
Libanon	10,4	3,8	27,8	8.835	28
Libyen	1.775,5	6,4	23	10.963	–
Marokko	710,8 ^c	32,9	23,9	2.217	15,1
Palästina	6,2	4,4	16,9	2.174	39
Syrien	185,2	20,9 ^d	20,7	4.767	11,9
Tunesien	164,2	10,5	27,8	3.260	3,8

a errechneter gewichteter Durchschnitt

b ohne besetzte Gebiete, besetzte Gebiete: 6,8 Tausend

c mit Westsahara, ohne: 446,6 Tausend

d Davon sind mehr als 4 Millionen Menschen ins Ausland geflüchtet.

Quelle (für die Östliche Partnerschaft): Eurostat 89/2015, eigene Recherchen und Berechnungen auf der Basis offizieller, oftmals widersprüchlicher und umstrittener Daten; Quelle (für die Südliche Partnerschaft): Eurostat, unter: <http://ec.europa.eu/eurostat/web/european-neighbourhood-policy/enp-south/data/database>, eigene Recherchen und Berechnungen auf der Basis offizieller, oftmals widersprüchlicher und umstrittener Daten

Ländern sind kriegführende und okkupierende Staaten. Auffällig ist weiterhin das enorme Produktivitätsgefälle zur EU, die zunächst als homogene Einheit erscheint.

KURZER ABRISS ZUR ENTWICKLUNG DER ENP

Ein kurzer Blick auf die Geschichte soll dreierlei zeigen: erstens, dass die ENP als neoliberales Projekt geschaffen wurde; zweitens, dass sie sich – wie auch die EU – nicht zwangsläufig so hätte entwickeln müssen, und drittens, dass wir mit einer imperialen Neubestimmung der EU konfrontiert sind.

Mit der Annahme der Einheitlichen Europäischen Akte 1986, der Direktive zur Verwirklichung des freien Kapitalverkehrs 1988 und schließlich des Maastrichter Vertrages 1992 gelingt es den neoliberalen Kapitaleliten endlich, die gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten zu verschieben. Ihnen geht es um Profitmaximierung bei gleichzeitigem Gewinn an globaler Konkurrenzstärke und an Handlungsfähigkeit, um Sicherheit und Stabilität im eigenen Interesse organisieren zu können. Wirtschaftliche Liberalisierung, Deregulierung und Freihandel sowie Privatisie-

rung, Finanzialisierung, Überwachung, Repressionen und Militarisierung sind dafür entscheidend. In diese Zeitspanne fällt auch der Zusammenbruch von sozialistischen Ver-

suchen. Mit Estland, Lettland, Litauen, Tschechien, der Slowakei, Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Slowenien kommt es schnell zu intensiven Verhandlungen über einen Beitritt zu NATO und EU. Das lässt in Russland Sorgen und Ängste vor einer heranrückenden westlichen Übermacht wachsen. Das Handeln der EU wird von den dort Herrschenden immer wieder nationalistisch genutzt, um die eigene Machtpolitik zu legitimieren.

Der ehemalige polnische Außenminister Bronisław Gerecht setzt sich in den 1990er Jahren dafür ein, dass mit der «EU-Osterweiterung» keine neuen Spaltungen und Konflikte geschaffen werden. «Ich weiß zwar nicht, ob Russland als großes euro-asiatisches Land der EU beitreten möchte, aber die östlichen Partner müs-

sen in den Erweiterungsprozess einbezogen werden. Alle sollen modernisiert werden. Das ist im Interesse des Ostens und des Westens.»⁶ Er drängt auf eine EU-Nachbarschaftspolitik im Wortsinne für den Osten. Im Jahr 1998 verkündet der ukrainische Präsident Kutschma die Assoziierung mit der EU als außenpolitisches Ziel. Im Vorfeld der Orangen Revolution in der Ukraine (2004) und der Rosenrevolution in Georgien (2003) rückt der Ruf nach EU- und NATO-Mitgliedschaft zunehmend in den Vordergrund. Seit dieser Zeit wird in der EU immer wieder darüber gestritten, ob diesen Ländern und ihren Nachbarn die Beitrittsperspektive anzubieten ist beziehungsweise erhalten bleiben soll. Eine besondere Art der Partnerschaft erscheint zunächst angemessener.

Gleichzeitig ist diese Zeit entscheidend für die neoliberale Entwicklung der EU: Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) wird geschaffen, und die Innen-, Außen- sowie Sicherheitspolitik der EU werden neu bestimmt. 1995 wird mit Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Israel, dem Libanon, Syrien, Jordanien, mit den Palästinensischen Autonomiegebieten, der Türkei, Zypern und Malta die euro-mediterrane Partnerschaft (Barcelona-Prozess) ins Leben gerufen. Der Erhebung der Region zum «Gebiet von strategischer Bedeutung» folgen jedoch keine konsequenten Anstrengungen zur Friedensschaffung und Demokratisierung. Vielmehr fallen in diese Zeit verschiedene «Militäreinsätze» von EU-Mitgliedern, der Jugoslawienkrieg, neue EU-Verträge, die Annahme der Lissabon-Strategie sowie der Beginn ihrer Umsetzung und die Festlegung der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS).

In diesen Zusammenhängen ist die Kommissionsmitteilung «Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn»⁷ vom März 2003 zu sehen. Ihre Annahme durch

den Europäischen Rat markiert den offiziellen Beginn der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Das Dokument ist nicht im Sinne von Geremek's Vorschlägen verfasst. Die Betonung der «südlichen Nachbarn» geht insbesondere auf französische und spanische Forderungen zurück, die den enormen Gewinn aus der EU-Osterweiterung für das immer gewichtiger werdende Deutschland in der EU reflektieren.

Mit der EU-Erweiterung vom 1. Mai 2004 entstehen EU-Mitglieder zweiter Klasse: eingeschränkte Freizügigkeit, weniger Fördermittel für den Agrarbereich sowie geringe Repräsentanz bei der Institutionsbesetzung. In den Beitrittsverhandlungen nennen die EU-Mitglieder die Bedingungen, die Bewerber folgen – trotz aller zerstörerischen sozialen und ökonomischen Folgen.

2006 sind große Rückstände in der Umsetzung der Lissabon-Strategie zu verzeichnen. Insbesondere deshalb beschließen die Regierungen die Außenwirtschaftsagenda «Global Europe» und damit den Kurs auf die «weitere Liberalisierung des internationalen Handels, um Märkte zu öffnen, auf denen europäische Unternehmen im Wettbewerb bestehen können, und neue Wachstums- und Entwicklungsmöglichkeiten zu erschließen. [...] Über unsere Handelspolitik versuchen wir auch einen Beitrag zu einer Reihe anderer außenpolitischer Ziele der Union zu leisten, insbesondere auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit und der Nachbarschaftsbeziehungen. [...] Eine kohärente Politik auf dem Gebiet der Außenbeziehungen ist entscheidend für die Stärkung der Rolle Europas in der Welt.»⁸ Eine weitere Passage fokussiert auf Assoziierungsabkommen und Vereinbarungen zum umfassenden Freihandel (AA/DCFTA).

Im Frühjahr 2008 wird der Barcelona-Prozess zur Union für den Mittelmeerraum weitergeführt, was die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Mittelmeeranrainerstaaten forcieren soll. Als dann im Mai 2009 die Östliche Partnerschaft (ÖP) als Arm der ENP geschaffen wird, tritt nach gescheiterter EU-Verfassung der Lissabon-Vertrag in Kraft und die Arbeit an der Fortschreibung der Lissabon-Strategie beginnt. Gleichzeitig sieht sich die EU mit der globalen Finanzkrise konfrontiert. Die vage Formulierung zur ENP im Lissabon-Vertrag ist unter dem Blickwinkel der Passagen zum «Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb» und zum Rüstungsgebot⁹ zu lesen. Dieses Gebot ist in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und in die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) integriert.

Im ÖP-Gründungsdokument heißt es deutlich: «Die Entwicklung einer spezifischen östlichen Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik wird eine wesentliche Stärkung der Politik der EU gegenüber den östlichen Partnerländern mit sich bringen. Mit diesem Ziel wird die Östliche Partnerschaft politische und sozioökonomische Reformen der Partnerländer unterstützen und eine Annäherung an die Europäische Union erleichtern.»¹⁰ Es geht also nicht um die Partnerschaft unter Gleichen, sondern um eine «Annäherung an die Rechtsvorschriften und Normen der EU».¹¹ Bei der Sicherung der Energieversorgung wird ebenfalls klargestellt, dass an erster Stelle die Energiesicherheit der EU steht.

Seit 2010 werden im Kontext der neuen Handelsstrategie der EU2020 (Nachfolgerin der Lissabon-Strategie) die Verhandlungen zu den AA/DCFTA intensiviert. Diese wiederum enthalten strenge Festlegungen zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit im Kontext mit GASP/GSVP. Assoziierungsabkommen gibt es mit der Türkei seit 1963 und seit 2014 unterzeichnete AA/DCFTA mit Georgien, Moldawien

und der Ukraine. Mit Marokko, wo massenhafte Repression und Okkupation an der Tagesordnung sind, und mit Tunesien wird derzeit zu AA/DCFTA verhandelt.

Die Schwierigkeiten der EU, zu einer schnellen und abgestimmten Reaktion auf den «Arabischen Frühling» zu gelangen, bekräftigt die Forderung nach einer Überprüfung der ENP. Die fortgeschriebene ENP soll stärker auf «gegenseitige[r] Rechenschaftspflicht und eine[r] gemeinsame[n] Verpflichtung zur Achtung universeller Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit» basieren; sie soll «eine viel größere Differenzierung ermöglichen, damit jedes Partnerland seine Beziehungen zur EU je nach den eigenen Zielen, Bedürfnissen und Fähigkeiten entwickeln kann».¹² Allerdings wird dies infrage gestellt, wenn erklärt wird: «Je schneller und umfassender ein Land bei seinen internen Reformen vorankommt, desto mehr Unterstützung wird es von der EU erhalten.»¹³

2011 werden ferner die Pilotprogramme zum Institutionenaufbau für die regionale Entwicklung ergänzt. Insbesondere aber werden fünf sogenannte Flaggschiff-Initiativen für die ENP definiert und umgesetzt: für das Grenzmanagement, die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen, die Zusammenarbeit im Energiebereich, für den Katastrophenschutz und eine bessere Umweltpolitik. Sie entsprechen den verschiedenen Programmen und Leitlinien der EU. Die Partner sollen stärker in eine EU-Politik eingebunden werden, die sie gar nicht mitgestalten können.

Seit 2013 entwickeln sich im Rahmen der ÖP zunehmend offene Feindseligkeiten gegenüber Russland. Dessen führende Eliten reagieren auf fortschreitende militärische und wirtschaftspolitische Einkreisungsbestrebungen immer stärker in imperialer Art und Weise. Herrschende EU-Kreise sehen Russland auch und insbesondere als europäischen BRICS-Staat und den BRICS-Verbund als einen globalen Konkurrenten. Gegen diesen sind auch das TTIP mit seiner starken militärischen Dimension wie andere Freihandels- und Investitionsschutzabkommen gerichtet. Diese Abkommen, die Strategie EU2020, die ENP, Austeritätspolitik, EU-Strukturreformen mit dem Ziel der Liberalisierung, Kommerzialisierung, Privatisierung und Finanzialisierung, Sozial- und Demokratieabbau, zerstörerische Großprojekte (Riesenstaudämme, Großflughäfen, Autobahnen, Prestigebauten), Militarisierung und die betriebene «Qualifizierung der wirtschaftspolitischen Steuerung» in der Eurozone gehören zusammen: Sie sollen die Bedingungen für die in der EU ansässigen Konzerne und ihre konkreten Standorte in der globalen Konkurrenz, die Weltwirtschaftsregion EU und die EU als globalen politischen Akteur stärken.

ZERSTÖRTE CHANCEN

Die in den Mitgliedsländern und in den Institutionen der EU Regierenden hätten durchaus anders auf die Entwicklungen in Mittel-, Ost- und Südeuropa in den 1990er Jahren reagieren können. Sie hätten eine andere EU-Erweiterung und eine andere Nachbarschaftspolitik betreiben können. Sie hätten auch anders auf den Ausbruch der globalen Finanzkrise, die in eine Euro- und EU-Krise mündete, antworten können. Sie hätten dem «Arabischen Frühling» anders begegnen können. «Anders» meint die Orientierung auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit, auf Gewaltvermeidung und -bekämpfung, auf Solidarität und Gerechtigkeit, auf die Auseinandersetzung mit den Ursachen von gesellschaftlichen und globalen Problemen. Die emanzipativ-solidarischen

Kräfte haben das «anders» nicht erwirken können. Gleichzeitig sind der Zustand und die Ausrichtung der ENP der EU aber auch ein Spiegelbild der Kräfteverhältnisse, vor allem der Schwäche der linken Kräfte – sowohl in den einzelnen Mitgliedsländern als auch in der EU insgesamt.

Indes schlussfolgern Europäische Kommission und EU-Außenbeauftragte: «In den kommenden drei bis fünf Jahren besteht die dringendste Herausforderung in vielen Teilen der Nachbarschaftsregion in der Stabilisierung. [...] Daher wird der Ansatz der EU darauf angelegt sein, Quellen von Instabilität in umfassender sektorübergreifender Weise anzugehen. Armut, Ungleichheit, empfundene Ungerechtigkeit, Korruption, schwache wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und fehlende Chancen, insbesondere für junge Menschen, können Ursache für Instabilität sein und damit die Anfälligkeit für Radikalisierung erhöhen. Die neue ENP [...] soll dazu beitragen, dass unsere Partner zu Ländern werden, in denen die Menschen gern ihre Zukunft aufbauen wollen. Damit sollen auch unkontrollierte Wanderbewegungen eingedämmt werden.»¹⁴ Allerdings behalten die Verhandlungen zu AA/DCFT und ihre konsequente Umsetzung Priorität, was politische, soziale, wirtschaftliche und ökologische Probleme in den Regionen neu befördern wird. Der durchgängige Bezug auf die «Europäische Sicherheitsagenda» ist einzig destruktiv: «Für eine enge Koordinierung zwischen den sicherheitsrelevanten Aktivitäten im Rahmen des Europäischen Nachbarschaftsinstruments und den allgemeinen Arbeiten im Rahmen der GASP/GSVP, den bilateralen Aktivitäten der EU-Mitgliedstaaten und der einschlägigen internationalen Organisationen [wird] gesorgt werden.»¹⁵ Und genau darauf fokussiert der Rat der Außenminister. Die Sicherheit für die Bevölkerungen in der EU und in ihrer Nachbarschaft wird dadurch nicht größer. Ergebnis dieser Politik ist auch, dass vielen, insbesondere jungen Menschen in der Nachbarschaft die EU als Lebensort gilt, den sie erreichen wollen. Die Konsequenzen sind eine enorme Zuspitzung bestehender und das Aufkommen neuer dramatischer Verwerfungen. Terror und Flucht sind die meistgebrauchten Schlagworte in einer Zeit, da sich infolge des vorherrschenden «Krisenmanagements» die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Widersprüche auch innerhalb der EU dramatisch verschärft haben.

WAS HEISST DAS FÜR DIE LINKEN?

Die Linken in der Europäischen Union leben in Ländern und Regionen, in denen unterschiedliche soziale, politische und kulturelle Rechte gelten. Außerhalb der EU – sowohl in den Ländern der ÖP und in Russland als auch in der südlichen Nachbarschaft und in der Türkei – sind die Linken damit konfrontiert, dass die in der EU Herrschenden und ihre vielfältigen Partner menschliche Arbeit billig halten beziehungsweise verbilligen, natürliche Lebensgrundlagen zerstören, soziale und demokratische Standards «pragmatisch handhaben», die Gesellschaften überwachen, die Wirkungsbedingungen für Konzerne nachhaltig verbessern und zugleich ihre Macht verteidigen und weiter stärken wollen. Dabei werden internationale Hierarchien neu gesetzt oder reproduziert: «EU-Kernländer», «EU-Peripherie», «Schuldnerstaaten» mit eingeschränkter Souveränität, Staaten mit AA/DCFT, Staaten mit Verhandlungen zu AA/DCFT, verschiedene Formen von «Partnerschaften».

Dieser Realität muss die Realität echter Solidarität entgegengestellt werden. Das Ringen um die Realisierung der

Grund- und Menschenrechte und um entsprechende demokratische, soziale und ökologische Standards bietet immer noch ein breites Feld für Bündnisse und ist daher keine Illusion. Die Verteidigung und Demokratisierung des Öffentlichen, die Organisation lokal und regional verankerter überregionaler, europäischer und globaler Bündnisse für ein selbstbestimmtes Leben in Würde, in solidarischem Miteinander und gesunder Natur für jede und jeden ist eine Forderung, die von vielen vertreten wird. Die solidarische Partnerschaft von Gleichen, die von unten getragen und (mit-)gestaltet wird, müsste die Linken in allen EU-Mitgliedsländern, in allen Staaten der östlichen und südlichen Nachbarschaft wie in Russland und in der Türkei ausdrücklich mit einschließen. Das alles ist schwierig und wird nur gelingen, wenn sich die Linken Ressourcen und Räume für zielgerichtete Kommunikation aneignen und Toleranz, Pluralismus und Pragmatismus mit gemeinsamer Analyse, Strategiediskussion und Aktion verbinden. Die kritische Auseinandersetzung mit der Idee vom «gemeinsamen europäischen Haus» in einer friedlichen, sicheren und prosperierenden Nachbarschaft könnte ein Zugang sein. «Sicherheit» ist immer auch die Sicherheit der anderen. «Reclaim the Human Rights» wäre als Imperativ ernst zu nehmen.

Lutz Brangsch ist Referent, Judith Dellheim Referentin am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

¹ Mogherini, Federicia, zitiert nach: Joint press conference by High Representative/Vice-President Federicia Mogherini and Commissioner Johannes Hahn on European Neighbourhood Policy Review, Brüssel 4.3.2015, SPEECH/15/4553. ² Europäische Kommission/Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Auf dem Weg zu einer neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik, Gemeinsames Konsultationspapier, JOIN(2015) 6 final, Brüssel 2015. ³ Vgl. Europäischer Rat: Pressemitteilung, 14.12.2015, unter: www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2015/12/14-conclusions-european-neighbourhood/. ⁴ Gorbatschow, Michail: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und die ganze Welt, Berlin 1987, S. 250 ff. ⁵ Europäische Kommission: Pressemitteilung, 18.11.2015, Brüssel IP/15/6121. ⁶ Geremek, Bronislaw: Zjednoczenie Europy i dychotomia Wschod-Zachod w historii europejskiej, in: Nasza Europa, Universitas, Krakow 2012, S. 37. ⁷ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, KOM(2003) 104 endgültig, Brüssel 2003. ⁸ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Ein Wettbewerbsfähiges Europa in einer Globalen Welt. Ein Beitrag zur EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung (SEK(2006) 1228){SEK(2006) 1229}{SEK(2006) 1230}/* KOM/2006/0567 endg. */ Brüssel 2006, S. 3. ⁹ Europäische Union: Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, in: Amtsblatt der Europäischen Union, Mitteilungen und Bekanntmachungen, C83/20, Brüssel 2010, S. 38 und 96. ¹⁰ Europäischer Rat: Gemeinsame Erklärung des Prager Gipfeltreffens zur Östlichen Partnerschaft, Prag, 7.5.2009, 8435/09 (Presse 78), Brüssel 2009, S. 6. ¹¹ Ebd., S. 7. ¹² Europäische Kommission/Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel, KOM(2011) 303, Brüssel 2011, S. 2. ¹³ Ebd., S. 3. ¹⁴ Europäische Kommission/Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Auf dem Weg zu einer neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik, Gemeinsames Konsultationspapier, JOIN(2015) 6 final, Brüssel 2015, S. 4. ¹⁵ Ebd., S. 18.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: Februar 2016

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling